



Positiv abgestimmte Anträge

2. Tiroler Schüler:innenparlament

22.02.2023

Landhaus Tirol

Ausbau vom Unterrichtsfach „Politische Bildung“ in der Schule

Politik ist ein Thema, welches unser aller Leben betrifft. Sei es hier beim Schüler:innenparlament, in unserer Schule oder in unserem privaten Leben. Wir werden durch politische Entscheidungen beeinflusst, wenn nicht sogar gesteuert. Jedoch ist es ein Problem, dass ein Großteil aller Jugendlichen in Tirol wenig bis gar keine Ahnung von politischen Parteien hat. Weiters wissen sie nicht, wie ein Gesetz entsteht, geschweige denn, was die Unterschiede zwischen einer Verordnung und einem Gesetz sind.

Dies liegt nicht nur am Desinteresse der Schülerinnen und Schüler für die Politik, sondern viel mehr am zurzeit falsch ausgelegten Stundenplan. Durch die Einführung des verpflichtenden Schulfaches „Politische Bildung“ in der 9. Schulstufe, wäre es möglich, den Schülerinnen und Schülern Politik näher zu bringen. Dies würde auch das Interesse für die Thematik steigern und somit wären mehr junge Menschen in der Lage, bei einer Wahl die für sie richtige Partei zu wählen.

Wichtig ist, dass dies durch neutral unterrichtendes Lehrpersonal geschehen soll. Dafür müssen die Lehrerinnen und Lehrer, die dieses Fach dann unterrichten, auf verpflichtende Fortbildungen gehen. Auf diesen Fortbildungen wird den Lehrpersonen beigebracht, wie man politische Lehrinhalte neutral an Schülerinnen und Schüler weitergibt.

Forderungspunkte:

- „Politische Bildung“ als ein eigenes Fach in der 7. Und 9. Schulstufe für eine Schulstunde pro Woche einführen
- Weiterbildungen für ausgewähltes Lehrpersonal einführen, damit dieses dann die Inhalte neutral an Schüler:innen weitergeben kann
- „Politische Bildung“ im 2. Semester der 9. Schulstufe als Ersatz für „Geschichte und Politische Bildung“
- Erweiterung des Lehrplans durch die Punkte der gesamten Schüler:innenvertretung d.h. SV, LSV und BSV
- Die Stunden vor Landtags-, Nationalrats- und EU Wahlen sollen ausschließlich zur Information und Vorbereitung auf die Wahlen genutzt werden. In der 7. Schulstufe 1 Semester und in der 9. Schulstufe beide Semester



Diätetik, iss was gescheids

Wir lernen Schüler:innen normalerweise nichts über ihr tägliches Brot und Wasser. Essen und Trinken sind für alle Menschen überlebensnotwendig. Es braucht daher auch Aufklärung darüber, was gesunde Ernährung ist, welche Ernährungsmythen falsch sind und was man auf keinen Fall in gewissen Lebenssituationen zu sich nehmen sollte. Dies sollte in den Stoff des Biologie-Unterrichts aufgenommen werden, da es thematisch hier am besten dazu passt.

Die Praxis sollte nicht vergessen werden. Es sollte gelehrt werden, wie man schnell und gesund kochen kann. So kann auch das Gelernte in die Tat umgesetzt werden und sichergestellt werden, dass alle Personen in stressigen Situationen, nicht auf Tiefkühlgerichte zurückgreifen müssen.

Forderungspunkte:

- Aufklärung über Ernährungsmythen im Biologie Unterricht
- Ratschläge zu spezifischer Ernährung in verschiedensten Lebenssituationen durch Expert:innen Gespräche im Unterricht, welche ohne Lehrpersonen abgehalten werden
- Übermittlung von gesunden Rezepten und nachhaltigen Einkaufsmöglichkeiten
- Die Herkunft des Essens und seine Auswirkungen auf das Klima verstärkt im Unterricht behandeln
- Essstörungen und Hilfsstellen besprechen
- Ein gesundes preiswertes Mittagessen an Schulen
- Verpflichtende Lehrer:innen-Fortbildungen über das Thema Essstörungen und Beratungsangebote für Schüler:innen an Schulen
- Generalisierte Ratschläge durch professionelle Anlaufstellen und nicht durch Lehrpersonen bzw. Schulpsycholog:innen



Don't do drugs – oder zumindest mit Verantwortung

Oftmals gibt es an Schulen Seminare, Workshops oder Veranstaltungen mit dem Ziel, Schüler:innen davon abzuhalten, Drogen zu konsumieren. Obwohl es natürlich wichtig ist, die Gefahren solcher Substanzen aufzuzeigen und davor zu warnen, ist es, unserer Meinung nach, mindestens genauso wichtig, darüber zu sprechen, wie man verantwortungsvoll damit umgehen kann und welche Konsequenzen es geben kann. Dies sollte jedoch aus einer Sicht passieren, die illegale Substanzen nicht verteufelt, denn so erreicht man die Schüler:innen meistens am wenigsten.

Drogen existieren so gut wie überall und es ist heutzutage sehr einfach, an verschiedenste Substanzen zu kommen und die Chance, dass man damit in Verbindung kommt, ist, wie die meisten vermutlich bestätigen können, enorm hoch. Daher ist es essenziell, die Jugendlichen darauf vorzubereiten und ihnen Verantwortung beizubringen. Denn im Endeffekt sind sie selbst dafür verantwortlich, was sie in ihrer Freizeit tun, wobei Verbote und Regeln oft genau das Gegenteil bewirken, was sie eigentlich als Ziel haben.

Forderungspunkte:

- Mehr objektive, wissenschaftlich-basierte Aufklärung über Drogen und Suchtmittel an Schulen, welche bestenfalls von Personen mit Erfahrung in diesem Gebiet durchgeführt wird
- Ein verpflichtender eintägiger Workshop in der 10. Schulstufe, geleitet von Expert:innen von Suchtpräventionsstellen zum Thema Sucht und Auswirkung auf den Körper
- Aufklärung über sicheren Substanzkonsum auch im Thema von Überprüfung der Sicherheit von konsumierten Drogen
- Die Ermöglichung von Shades Tours oder ähnlichem in Tirol
- Die Lehrpersonen dürfen bei derartigen Workshops/Informationsveranstaltungen nicht anwesend sein
- Aufklärung über richtiges Handeln bei einer Überdosis
- Zusätzlicher verpflichtender Workshop für Lehrpersonen
- Aufklärung über Drogen in der Unterstufe



Erklärung von LSV und BSV

Die Landesschüler:innenvertretung ist die gesetzliche gewählte Vertretung aller 100.000 Schüler:innen in Tirol. Ein Großteil aller 100.000 Schüler:innen weiß jedoch nicht was oder wer die Landesschüler:innenvertretung ist. Das bedeutet, dass die wenigsten Schüler:innen wissen, von wem sie vertreten werden. Wenn nun ein:e Schüler:in eine super Idee hat, um unser gesamtes Bildungssystem zu verbessern, ist die Wahrscheinlichkeit sehr groß, dass die Schülerin oder der Schüler nicht gehört wird.

Dasselbe Problem spiegelt sich auch in der Bundesschüler:innenvertretung wieder. Ein Problem, welches auf Landesebene besteht, ist häufig auch auf Bundesebene eine wichtige Thematik. Daher ist es besonders wichtig, dass möglichst viele Schüler:innen wissen, wo sie sich melden können, um Anträge einzubringen.

Weiters ist noch anzumerken, dass dies nicht der Fehler der LSV oder der BSV ist!

Aufgrund des fehlenden Budgets und Personals ist es verständlicherweise für die LSV/BSV nicht möglich, an so viele Schüler:innen und Schulen zu gelangen. Schließlich beschäftigt sich die LSV mit Vertretungsarbeit und es sollte nicht ihre Aufgabe sein, sich zusätzlich auch noch mit Werbearbeit an allen Schulen beschäftigen müssen.

Ein möglicher Lösungsansatz für dieses Problem wäre, dass die LSV und BSV am Anfang des Jahres ein kurzes, ca. 5-minütiges Infovideo erstellt. Die Klassenvorständin/ der Klassenvorstand ist soll diesen Videoclip innerhalb der ersten Schulwoche seiner Klasse verpflichtend zeigen. Dieses Video sollte eine grundlegende Erklärung liefern, wer die Personen in der LSV/BSV sind. Weiters wird beschrieben, was die Aufgaben der LSV/BSV sind. Außerdem soll ein genereller Überblick darüber gegeben werden, was die LSV in diesem Jahr geplant hat.

Forderungspunkte:

- Verpflichtende Erklärung von Landesschüler:innenvertretung und Bundesschüler:innenvertretung in allen Oberstufen zum Schulstart
- Die Erklärung erfolgt durch ein ca. 5-minütiges Infovideo, welches von der LSV und BSV bereitgestellt wird und innerhalb der ersten Schulwoche vom Klassenvorstand/ von der Klassenvorständin abgespielt wird
- In diesem Video soll sich die LSV und BSV vorstellen und erklären, wer sie sind, was sie machen und was ein SIP ist



- Einladung der LSV zu schulinternen SIPs bzw. SIP in a Box durch SGA bzw. Direktion
- Erklärung des Wahlsystems der LSV/BSV durch den/die Klassenvorstand/Klassenvorständin
- Einladung der LSV durch Direktion am Wahltag
- Die LSV bzw. BSV soll in den Videos auch die Ergebnisse des letzten Jahres vorstellen



Inklusion ist auch in der Schule ein Menschenrecht

„Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Die Republik (Bund, Länder und Gemeinden) bekennt sich dazu, die Gleichbehandlung von behinderten und nichtbehinderten Menschen in allen Bereichen des täglichen Lebens zu gewährleisten.“ (Österr. Bundesverfassung, Artikel 7 Abs. 1. Einstimmiger Beschluss des Nationalrates am 9. Juli 1997)

So steht es in der Bundesverfassung. Auch die UN-Behindertenrechtskonvention (kurz: UN-BRK) sieht vor, dass Personen nicht aufgrund ihrer Behinderung diskriminiert werden dürfen. Ebenso steht in der UN-BRK: „Österreich muss alle geeigneten Schritte und Vorkehrungen zur Beseitigung von Diskriminierung setzen.“

Durch den Nationalen Aktionsplan Behinderung (kurz: NAP) soll die UN-Behindertenrechtskonvention (kurz: UN-BRK) in Österreich umgesetzt werden. Bereits 2012 wurde dafür das erste NAP in einem Minister:innenrat beschlossen. Das NAP galt für den Zeitraum 2012-2020. Da die UN-BRK nach dem Auslaufen des NAPs nicht umgesetzt worden ist, wurde 2022 ein weiterer NAP, der bis in das Jahr 2030 gelten soll, beschlossen. Dieser Aktionsplan wird besonders vom Österreichischen Behindertenrat, Behindertenrechtsausschüssen und anderen Vereinen sowie Organisation kritisiert. – Und das auch im Bereich Bildung.

So wird beispielsweise das Sonderschulsystem gefestigt, anstatt eines inklusiven und integrativen Schulsystems.

Schule ist ein Ort, an dem grundlegende Dinge für das weitere Leben entschieden werden. Wird Inklusion nicht in der Schule ermöglicht, kann der Grundstein für selbstverständliche Inklusion in der Gesellschaft nicht gelegt werden. Je früher begonnen wird, Diskriminierung aktiv abzubauen, desto leichter fällt dies. Ebenso führen Sonderschulen oft auch zu einer Ressourcenfrage. Theoretisch ist es jede:r Schüler:in mit Behinderung erlaubt, außerhalb einer Sonderschule unterrichtet zu werden, allerdings fehlen hierbei oft ausfinanzierte Betreuungsmöglichkeiten und Pädagog:innen.

Dass das auch anders gehen kann, zeigt das Vorzeigemodell Reute. Im Bezirk Reute sind Sonderschulen seit 1997 stillgelegt. Ab 1985 wurden keine neuen Kinder in die Einrichtung aufgenommen und schließlich lief der Schultyp aus. Seit 1996 haben Eltern in Österreich ein gesetzlich garantiertes Wahlrecht zwischen Sonderschule und Regelschule. Bis heute könnten in Reute drei Eltern die Wiedereröffnung einer eigenen Einrichtung für ihre Kinder verlangen. Dazu kam es bloß nie.



Auch Aufklärungen über Behinderungen fehlen oft in der Schule. Wenn Schüler:innen ab der Volksschule Wörter wie „behindert“ als Beleidigung oder Fluch verwenden, dann muss etwas im System geändert werden. Hierbei muss einerseits Aufklärung im Unterricht seitens Lehrpersonen und Expert:innen geschehen, allerdings auch konkret der Kontakt mit Personen mit Behinderung. Wie das gehen kann zeigt MAD – Verein zur Förderung von Mixed-Abled-Dance & Performance mit ihrem Schulprojekt MellowYellow. MellowYellow ist ein inklusives Kunstprojekt, bei dem Schüler:innen mit Menschen mit Behinderung gemeinsame Projekte erarbeiten. Dieses Schulprojekt wird allerdings nur in Ostösterreich angeboten. Das Land Tirol soll sich darum bemühen, dass ein Schulprojekt ähnlich dem von MellowYellow oder MellowYellow selbst in Tirol angeboten werden kann.

Damit wir, uns als Schüler:innenparlament, zeigen, dass wir Schüler:innen zusammenhalten und es uns ein Anliegen ist, dass keinem Kind gute Bildung verwehrt wird, ist es wichtig, dass wir uns mehr mit Thema Inklusion im Bildungssystem auseinandersetzen. Dieser Antrag ist ein erster Schritt, aber nicht die Lösung. Damit dieser Antrag nicht der letzte Schritt von uns Schüler:innenvertretungen Richtung Inklusion in Tirols Schulen ist, soll sich die LSV gemeinsam mit der Bildungsdirektion, den Landtagsparteien sowie Vereinen, die sich mit der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auseinandersetzen, austauschen.

Forderungspunkte:

- Die LSV soll sich gemeinsam mit der Bildungsdirektion, den Landtagsparteien sowie Vereinen, die sich mit der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auseinandersetzen, austauschen und Strategien erarbeiten, wie Tirols Schulen inklusiver werden können
- Das Land Tirol soll sich darum bemühen, dass ein Schulprojekt ähnlich dem vom MellowYellow oder MellowYellow selbst in Tirol angeboten werden kann
- Die Landesregierung soll sich mit dem Nationalen Aktionsplan 2022-2030 auseinandersetzen und Schritte setzen, wie dieser auf Landesebene gemäß den Forderungen des österreichischen Behindertenrates gestaltet werden kann
- Eine Modellregion Tirol soll nach dem Vorzeigemodell Reutte Sonderschulen stilllegen. Stattdessen sollen Betreuungsplätze ausgebaut und die inklusive Schule eingeführt werden
- Ermöglichung eines zusätzlichen Kindergartenjahres für Kinder mit entsprechendem Gutachten und Schulfreistellung seitens der Bildungsdirektion, wobei die betroffenen



Kinder in der bereits bekannten Einrichtung bleiben sollen und nicht in eine andere Einrichtung wechseln müssen

- Die Ressourcen- und Personalaufstockung von Pädagog:innen mit Behinderungen und Ausbildung in Gebärdensprache und inklusiver Pädagogik
- Schaffung eines zusätzlichen Schwerpunkts für den Umgang mit Kindern mit Behinderungen an allen Bafeps
- Fortbildungen für Lehrer:innen zum Thema Umgang mit psychischen sowie physischen Beeinträchtigungen
- Die LSV Tirol setzt sich dafür ein, dass Kinder mit sonderpädagogischen Förderbedarf zukünftig keinen Antrag bei der Bildungsdirektion stellen müssen, um nach der 9. Schulstufe weiterhin die Schule besuchen zu können



Komm ins Café: Wir müssen reden!

Flucht und Migration sind heiß diskutierte Themen, bei denen leider vor allem Vorurteile und Vereinfachungen den Ton angeben. Wer flüchtet oder warum jemand eine Flucht antritt, wird viel zu selten sachlich in der Schule thematisiert.

In Bezug auf Geflüchtete macht auch die Politik keinen Halt vor Rassismus. Was Geflüchtete brauchen, ist Schutz und Unterstützung. Was die Politik ihnen bietet: Vorurteile, Abschiebungen und unmenschliche Wohn- und Lebensbedingungen.

Es wird völlig ignoriert, wie viele Menschen ihre Familien oder sogar ihr Leben auf dem Weg nach Österreich verlieren. Statt Hilfe bekommen Geflüchtete vom österreichischen Staat Verachtung und Ignoranz.

Wenn jemand trotz der erschwerten Bedingungen Zuflucht in Österreich findet, soll die Person nicht nur die Sprache erlernen, sondern auch Ausbildungsmöglichkeiten erhalten und so besser am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Uns ist klar: Bei der Aufnahme von Geflüchteten geht es um Leben und Tod.

Wir fordern menschliche Migrations- und Asylpolitik.

Forderungspunkte:

- Thematisierung von Flucht und Flüchtenden im Unterricht
- Ausbildungschancen während des Aufnahmeverfahrens (parallel zum Erlernen der deutschen Sprache)
- Aufnahme von geflüchteten Schüler:innen
- Humanitäres Bleiberecht für alle Schüler:innen
- Geschichtliche Aufarbeitung von Rassismus und Kolonialismus im Geschichtsunterricht
- Weiterbildungen der Schulpsycholog:innen zum Thema Flucht
- Keine Abschiebung von Personen in Ausbildung



Matura 2023? We need to talk!

997 Tage begleitet uns das Corona-Virus schon durch den Alltag – mit erheblichen Folgen im Bildungsbereich. Die Auswirkungen von Distance-Learning sind bekannt: Die Bildungsschere geht auf, große Gruppen werden völlig abgehängt, enorme Bildungslücken entstehen und viele weitere Begleitfolgen stehen an der Tagesordnung.

Auch die psychischen Folgen sind an dieser Stelle nicht zu unterschätzen. Daher ist klar, dass auch die heurigen Maturajahrgänge nicht wie vor der Pandemie maturieren werden können. Immerhin waren die Abschlussklassen mehr als 150 Schultage im Distance-Learning und hier muss betont werden, dass Onlineunterricht niemals Präsenzunterricht ersetzen kann. So gesehen ist die Lage ja völlig abstrus: Den Maturant_innen aus dem Jahr 2020 ist etwas mehr als ein Monat Präsenzunterricht entfallen. Die Abschlussklassen aus den letzten beiden Jahren verbrachten mehr als 150 Tage im Distance-Learning und maturierten ebenfalls mit massiven Erleichterungen. Uns fehlen ebenso mehr als 150 Tage Präsenzunterricht und maturieren laut dem Bildungsministerium unter „vor-Pandemie-Zuständen“. Genaue Maßnahmen diesbezüglich sind noch immer nicht bekannt. Daher fordere ich folgende Erleichterungen für den Maturajahrgang 2023.

Forderungspunkte:

- Reduktion der Inhalte der Themenpools bei den mündlichen Reifeprüfungen um ein Drittel
- Verlängerung der Arbeitszeit bei der schriftlichen Klausur um 60 Minuten
- Ergänzungs- und Förderunterricht in allen Schulstufen, um die entstandenen Bildungslücken abzufedern
- Verlängerung der Matura-Vorbereitungszeit von 30 Minuten auf 45 Minuten



Raus damit Kruzifix nochmal!

Zu einer neutralen und ausgeglichenen Schule gehört auch eine neutrale Klasse, in der alle Religionen gleich wertgeschätzt werden. Religiöse Symbole hängen allerdings nach wie vor in den meisten Klassenräumen an den Wänden. Deshalb ist elementar diesen Missstand zu bereinigen und sie aus unseren Klassen zu entfernen. Nageln wir die Schule nicht ans Kreuz, sondern schaffen wir eine faire Lernumgebung!

Dasselbe gilt auch für Zeugnisse. Es ist rechtlich verankert, dass ein:e Arbeitgeber:in nicht nach dem Religionsbekenntnis fragen darf um uns zu schützen, dennoch drucken wir es in unseren Zeugnissen ab.

Forderungspunkte:

- Jede Klasse muss einstimmig für ein religiöses Symbol in der Klasse sein, andernfalls darf es dort nicht hängen
- Wenn es ein:e Schüler:in erwünscht, so hat die Schule ein Zeugnis und/oder eine Schulnachricht ohne Glaubensbekenntnis auszustellen
- Flächendeckender, gedeckter, um Religions-Unterricht entkoppelter Ethikunterricht
- Religiöse Zeichen sollen in der Schule am Körper getragen werden dürfen
- Schule mit Öffentlichkeitsrecht, die aber einen katholischen Träger haben, sind von den Forderungspunkten dieses Antrages wegzunehmen

